

Seilziehen um eine Pensionsreform in Italien

Gewerkschaften verwerfen Pläne der Linksregierung

Eine Debatte über die Reform des Pensionswesens hat in Italien vor allem bei den Gewerkschaften zu Unmutsäusserungen geführt. Die Arbeitnehmerorganisationen wehren sich gegen einen Vorschlag von Ministerpräsident D'Alema, die fällige Reform bereits im nächsten Jahr an die Hand zu nehmen statt, wie ursprünglich vereinbart, im Jahr 2001. Bei den Arbeitgebern ist der Plan dagegen auf offene Ohren gestossen.

ai. Rom, 14. Juli

Die italienischen Gewerkschaften, welche dieser Tage mit Streikaktionen bereits Teile des nationalen Transportwesens lahmgelegt haben, könnten im Herbst möglicherweise zu einem noch umfassenderen Schlag ausholen. Eine von der Regierung ins Auge gefasste *Revision der Altersversicherung* hat den heiligen Zorn der mächtigen Arbeitnehmerorganisationen heraufbeschworen und deren Führung Anlass zur ominösen Bemerkung gegeben, man sei «zum Krieg bereit». Es ist nicht das erste Mal, dass sich Ministerpräsident Massimo D'Alema mit seinem Vorhaben zur Revision des Rentensystems Ungemach einhandelt; der Chef der Linksregierung hatte seinen Plan erstmals im Juni ventiliert und in der Folge mit ansehen müssen, wie seine Partei – bei den EU-Wahlen und bei den Bürgermeisterwahlen in Bologna – schmerzhaftes Schlappen erlitt. Mittlerweile kann sich D'Alema nicht einmal mehr der unverbrüchlichen Treue seiner eigenen Gefolgsleute sicher sein; die Parteiführung der Linksdemokraten hat unlängst signalisiert, dass sie künftig einen von der Regierung «autonomen» Kurs steuern werde – untrügliches Zeichen für ein intensives Messerwetzeln hinter den Kulissen.

Schicksalsjahr 2005

Trotz ihrem vorsorglichen Säbelrasseln dürfte auch den Gewerkschaften klar sein, dass eine neuerliche Überholung des italienischen Pensionssystems *unabdingbar* ist. Die Vorsorgeeinrichtung, so weiss heute jeder, ist – trotz der in die Wege geleiteten Reformen – nach wie vor *viel zu grosszügig* konzipiert und nimmt nicht im gebotenen Mass Rücksicht auf die sich zusehends zuspitzende demographische Lage, d. h. auf die Tatsache, dass einer wachsenden Anzahl von Rentenbezüglern eine immer kleinere Kohorte von Beitragszahlern gegenübersteht. Die daraus erwachsende *Belastung für die Wirtschaft* ist offensichtlich: Gemäss den Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) machten Italiens Rentenausgaben 1997 15% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus –, ein in der industrialisierten Welt sonst nirgends erreichter Spitzenwert.

Nach Einschätzung italienischer Experten dürfte dem System spätestens im Jahr 2005 der Schnauf ausgehen: Von diesem Zeitpunkt an wird das Volumen der auszahlenden Renten endgültig überborden, weil – wie sich der Bevölkerungsstatistik ohne weiteres entnehmen lässt – dannzumal die ersten Vertreter der «Babyboom»-Generation in den Ruhestand treten werden. Das Schreckensszenario einer hoffnungslos überalter-

ten Bevölkerungsstruktur und leerer Kassen hat die Fachleute der OECD, des IMF und der EU in der Vergangenheit immer wieder dazu bewogen, Rom *radikale Remedur* anzuraten. Aber auch im Land selbst fehlt es nicht an Kritikern, welche vor einem Weiterwursteln warnen. So hat beispielsweise der Gouverneur der italienischen Notenbank, *Antonio Fazio*, darauf hingewiesen, dass es ohne eine beschleunigte Reform der Altersvorsorge höchst ungewiss sei, ob Italien bis im Jahr 2003 den offiziell anvisierten Ausgleich des öffentlichen Haushalts schaffen wird.

Ein allzu sanfter Wandel

Das Pensionswesen war 1995 letztmals einer Revision, der sogenannten *Dini-Reform*, unterzogen worden. Damals hatte man u. a. beschlossen, dass zur Festlegung der Rentenansprüche fortan nicht mehr das zuletzt bezogene Einkommen massgebend sein soll, sondern die im Laufe des Arbeitslebens getätigten Einzahlungen. Dieser Regimewechsel, der zweifellos in die richtige Richtung wies, konnte jedoch nur durchgesetzt werden, weil man sich auf eine *sanfte Übergangsphase* einigte; all jene Arbeitnehmer, die 1995 mehr als 18 Dienstjahre aufwiesen, wurden von den neuen Bestimmungen ausgenommen und werden, wenn sie dereinst soweit sind, eine strikt nach Einkommen definierte Rente beziehen. Bis die Reform vollumfänglich zum Tragen kommt und wesentliche Einsparungen erlaubt, werden demnach noch einige Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, vergehen.

Die Aussicht auf eine Fortschreibung des Status quo auf unabsehbare Zeit hat die Regierung nun dazu bewogen, auf eine *Verkürzung der Übergangsphase* zu drängen. Ursprünglich hatte man vereinbart, die 1995 durchgeführte Reform im Jahr 2001 einer neuerlichen Begutachtung zu unterziehen, um dannzumal allenfalls noch Korrekturen anbringen zu können. Jetzt hat Ministerpräsident D'Alema durchblicken lassen, dass er die notwendigen Retuschen am System bereits im Rahmen des Budgets 2000 vornehmen möchte. Mit seinem Wunsch, der einem Abrücken von der ursprünglichen Abmachung gleichkommt, hat sich der Regierungschef im Kreis der *Gewerkschaften* selbstredend *keine Freunde* geschaffen. Die Arbeitnehmerorganisationen, deren Mitglieder rund zur Hälfte aus Rentner bestehen, haben D'Alema bereits unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass sie auf sein Begehren keinesfalls eintreten werden.

Warten auf das Budget

Um so freudiger haben die *Arbeitgeber* auf den Vorschlag des Regierungschefs reagiert; die Exponenten des unternehmerischen Dachverbands Confindustria liessen verlauten, man wolle zu einer Überarbeitung des Pensionssystems gerne *Hand bieten* und werde sich mit der Regierung arrangieren, selbst wenn die Gewerkschaften ihre Zustimmung verweigern sollten. Dieser kecke Vorstoss der Arbeitgeber hat die Arbeitnehmerorganisationen erneut *in Aufruhr* versetzt und sie veranlasst, die Verhandlungspartner daran zu erinnern, dass ohne die Gewerkschaften, die wahren Interessenvertreter der Senioren, eine Revision des Rentenwesens undenkbar sei. Unterdessen hat D'Alema schlichtend in den Streit eingegriffen und erklärt, die Pensionsreform sei wohl ein dringendes Geschäft, werde aber nur durchgeführt, wenn *beide* Sozialpartner ihren Segen dazu gäben.

Bei der im September fälligen Präsentation des Haushaltvoranschlags 2000 wird sich weisen, ob und wie beherzt die Regierung ihre Reformpläne durchzusetzen vermag. Dass der Forderung der Arbeitgeber nach einem sofortigen und nahtlosen Übergang des Pensionswesens vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren stattgegeben wird, ist kaum anzunehmen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Regierung für eine sanftere Tour entscheidet und sich damit *begnügen* wird, den Pensionsprivilegien der *Staatsbeamten* früher als bisher geplant einen Riegel zu schieben.